

*Zur Abstimmung und Mandatierung dem Studierendenrat vorgelegt am 17.06.2018.
Die Positionierung kann für die weitere politische Arbeit im Senat, bei der
LandesAStenKonferenz (LAK) und in weiteren Gremien genutzt werden.*

Die Antragsbegründung folgt aus dem Antragstext.

Stand: 16.06.2018

Für ein ausfinanziertes Hochschulsystem nach 2020

1. Vorbemerkung

Der Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“¹ des Landes Baden-Württemberg läuft am 31.12.2020 aus. Die Notwendigkeit eines ausfinanzierten Hochschulsystems entfällt damit aber keinesfalls. Eine Reform hin zu unbefristeten Mitteln ist ein essentieller und unumgänglicher Bestandteil der Grundsicherung der Hochschulen. Denn mit der noch laufenden „Perspektive 2020“ ist keinesfalls eine ausreichende Grundsicherung gegeben.

Es wird deshalb eine grundlegende Überarbeitung und Verbesserung der Hochschulfinanzierung mit einem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag ab 2020, also eine deutliche Steigerung der Grundsicherung zugunsten von Lehre und Forschung, gefordert. Das bedeutet, dass der Bedarf an unbefristeten Mitteln sich deutlich an demjenigen der Forschungs- und Lehrinstitute des Landes Baden-Württemberg ausrichtet und dass das Land tatsächlich Haushaltsmittel aus anderen Bereichen in den Hochschulsektor umschichten muss.

2. Ausgangssituation

Ganz gleich, ob Mittel zur angemessenen Bezahlung von Lehrkräften und Nachwuchswissenschaftler*innen fehlen, die Öffnungszeiten der Bibliotheken an den Hochschulen eingeschränkt werden, Lehrmittel und Bücher privat erworben werden müssen oder die Finanzierung für den Ausbau einer zukunftsfähigen Digitalisierung in der Breitenlehre unmöglich ist, abseits von einzelnen Leuchtturmprojekten fehlt es an Mitteln.² Lücken im Haushalt aufgrund der fehlenden Grundfinanzierung werden immer wieder sichtbar und zwingen die Rektorate zu Kürzungen in relevanten Bereichen. Diese gefährden die Studierbarkeit für die Studierenden, sei es durch Finanzierungslücken verpflichtender Ergänzungsbereiche oder durch eingeschränkten Zugang zu Literatur. Sie erschweren die Lebenssituation insbesondere von Nachwuchswissenschaftler*innen und stellen auch Mitarbeiter*innen vor die große Herausforderung, Tag für Tag eine unterfinanzierte Hochschule am Laufen zu halten.

Gute Bildung und gute Ausbildung ist enorm wichtig für eine fortschrittliche und zukunftsfähige Gesellschaft. Die Vermittlung derselben findet immer mehr an den Hochschulen statt. Entgegen älterer Prognosen stieg die Zahl der Studierenden immer

1 https://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mwk/intern/dateien/Anlagen_PM/2015/Anlage_zu_PM_003_Hochschulfinanzierungsvertrag.pdf

² <https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/digitalisierung-eroeffnet-hochschulen-neue-chancen/>

weiter an, und dieser Trend scheint sich fortzusetzen.³ Dieser Zugewinn ist Erfolg und Herausforderung zugleich; Während der Anstieg einerseits bedeutet, dass akademische Bildung immer mehr Menschen offensteht, müssen die Hochschulen zugleich auch auf den Anstieg reagieren können. Ausreichende Betreuung und Ressourcen müssen zur Verfügung stehen. Mit steigenden Studierendenzahlen steigt auch die Diversität dieser. Ob Kinder aus Arbeiter*innen-Familien oder ausländische Studierende, andere Hintergründe bedeuten, andere Perspektiven an Hochschulen vorzufinden. Ganz verschiedene „Creative Minds“ können den Wissenschaftsstandort so für neue Herausforderungen stärken und gleichzeitig sogar einen volkswirtschaftlichen Gewinn bedeuten.⁴ Erfolgsvoraussetzung ist aber eine ausreichende und an die Studierendenzahlen angepasste Grundfinanzierung.

Mit steigenden Studierendenzahlen steigt auch der Bedarf nach Lehrpersonal und der Betreuungsaufwand durch Mitarbeitende in Administration und Technik. Zudem steigt die Notwendigkeit der Einwerbung von Drittmitteln.

Die Verwaltung der Studierenden, der Labore und der technischen Infrastruktur sowie die Lehrtätigkeiten werden vor allem durch Mitarbeiter*innen in Administration und Technik und wissenschaftliche Mitarbeiter*innen (Mittelbau) getragen. Um Hochschulen zukunftsfähig zu gestalten und die Hochschulen im Land attraktiv zu machen, muss die Anzahl an Stellen in diesem Bereich dringend angehoben werden und die nachhaltige Ausfinanzierung derselben sichergestellt werden.

Aus Drittmitteln finanzierte Mitarbeiter*innen dürfen gegenüber den aus Haushaltsgeldern angestellten nicht benachteiligt werden. Gerade die erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln sollte für die Einzelnen nicht zur Aushöhlung ihrer Arbeitnehmer*innenrechte führen, wie zum Beispiel in Form eines Abbruchs der Weiterbeschäftigung nach Mutterschutz und Elternzeit. Befristungsquoten von 80 Prozent⁵ sind nicht tragbar. Gute Arbeit und Daueraufgaben müssen auch mit angemessenen, unbefristeten und ausfinanzierten Stellen hinterlegt werden.

Die Digitalisierung, die sich in rasant entwickelnden Kommunikationstechnologien und der ubiquitären Verfügbarkeit von Daten und Informationen ausdrückt, verursacht massive Veränderungen sowohl in der Gesellschaft, als auch in der Forschung und in der Lehre, auf welche die Hochschulen reagieren müssen. Die Nutzung der Potentiale digitaler Möglichkeiten ist daher eine der größten Herausforderungen der Hochschulen in den kommenden Jahren. Hier muss vieles neu gedacht werden, es bedarf zeitintensiver Auseinandersetzung mit und Fortbildungen in diesem Bereich. Diese enorme Anforderung kann keinesfalls alleine von Professor*innen getragen werden. Ein ausfinanzierter und vorwiegend unbefristet beschäftigter Mittelbau sowie ausreichende Ressourcen zur Bereitstellung moderner technischer Infrastrukturen sind unabdingbar.

In diesem Zuge ist es auch wichtig, dass Lehrstühle eine umfassende und gesicherte Grundausstattung erhalten, welche sich an Anforderungen (welche?) und Kostensteigerungen anpasst. Steigende Kosten für die Lehre müssen ebenso Beachtung finden wie steigende Personalkosten. Die Sicherung der Lehrstuhlinfrastruktur darf nicht maßgeblich von Drittmitteln abhängen. Diese sollten vielmehr eine rein projektorientierte Ergänzung darstellen und nicht notwendig sein, um die Grundsicherung der Lehre mitzutragen. So können alle Bereiche gesichert und punktuell Forschung von besonderem Interesse und besonderer Aktualität weiterhin gefördert werden.

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/221/umfrage/anzahl-der-studenten-an-deutschen-hochschulen/>

⁴ <https://www.bmbf.de/de/auslaendische-studierende-ein-gewinn-fuer-deutschland-438.html>

⁵ <http://mittelbau.net/wp-content/uploads/sites/51/2017/08/BPK-Wer-ist-NGAWiss.pdf>

Zudem kann der Standort Baden-Württemberg nur auf diese Weise Spitzenforscher*innen langfristig in den öffentlichen Hochschulen im Land halten.

Auch bei Studierenden sind die öffentlichen Hochschulen immer unbeliebter. Private Hochschulen locken mit hervorragender Betreuung, für welche sich immer mehr Studierende entscheiden.⁶ Diese Hochschulen sind allerdings längst nicht für alle Studierende zugänglich, da die enormen Studiengebühren für viele nicht tragbar sind. Gute und öffentliche Hochschulen sind damit die einzige Option, um einem sozial-selektiven Bildungssystem entgegenzuwirken.

Die durchaus erfolgreichen Drittmiteleinwerbungen vieler staatlicher Hochschulen können diesem Problem auch nur partiell entgegenwirken. Unabhängig von einer stetigen Unsicherheit, ob Mittel überhaupt eingeworben werden, sind diese über die verschiedenen Disziplinen äußerst ungleich verteilt. Während die Humanmedizin in Deutschland die Drittmittelgewinnung anführt, erhalten die Kunstwissenschaften im Bundesvergleich bis zu fünf Mal weniger Geld.⁷

Eine bekennende Volluniversität muss aber in allen Disziplinen, also fächerübergreifend gute Lehre, gute Betreuung und gute Arbeitsverhältnisse bieten. Drittmittel sollten unterstützend wirken, nicht aber grundlegende Abhängigkeiten schaffen, welche im Forschungswettbewerb keine langfristige Finanzierungssicherheit bieten können. Es ist Aufgabe des Landes und nicht Dritter, eine solide Grundfinanzierung bereitzustellen.

3. Forderungen

Die Mittel der „Perspektive 2020“ müssen ab 2020 verstetigt werden und in die Grundsicherung übergehen. Eine Weiterfinanzierung muss nach 2020, bzw. 2023 gegeben sein und Stellen dürfen nicht gestrichen werden.⁸ Zudem muss ein Anstieg dieser Mittel um drei Prozent jährlich gesichert sein. Weitere Landesmittel müssen in den Bildungs- und Forschungssektor verschoben werden. Diese Mittel dürfen nicht nur dazu dienen, einzelne Leuchtturmprojekte zu fördern, sondern sollen zur flächendeckenden Sicherung und Wertsteigerung des Bildungs-, Wissenschafts- und Technologiestandorts Baden-Württembergs dienen.

Dies bedeutet auch, dass die durch das Land vielfältig programmatisch ausgelobten Mittel mehr zur Grundsicherung beitragen müssen. Der Bildungsstandort Baden-Württemberg gewinnt nicht durch vielerlei einzelne kleine Wettbewerbe, sondern durch ausfinanzierte Hochschulen, die den dort engagierten Mitarbeiter*innen und Studierenden zu gelungener Forschung, Lehre, Aus- und Weiterbildung verhelfen.

4. Apell

Die Wissenschaft trägt eine hohe gesellschaftliche Verantwortung. Kurzfristig kann eine Innovationskraft einzelner Zentren und Standorte über Wettbewerbsmittel gesichert sein, aber langfristig wird durch eine fehlende Grundsicherung der Wissenschaft die Diversität und vor allem die Exzellenz in der Breite, die den Standort Baden-Württemberg wie keinen

⁶https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/PrivateHochschulen5213105167004.pdf?__blob=publicationFile

⁷ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/197943/umfrage/drittmittel-je-professor-an-deutschen-hochschulen-nach-faechergruppen/>

⁸ https://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mwk/intern/dateien/Anlagen_PM/2015/Anlage_zu_PM_003_Hochschulfinanzierungsvertrag.pdf

zweiten ausgezeichnet, genommen.

Es ist deshalb an der Zeit, bestehende Finanzierungskonzepte nachhaltig auszurichten und dem Bildungs- und Wissenschaftssektor mehr Gewicht beizumessen, denn nur so kann er langfristig seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.